



David Zehnder

PRÄSIDIUM DER SP KANTON AARGAU

Wichtige Themen

Mit der Wahl ins Präsidium haben wir die Arbeit aufgenommen. Wir befassen uns mit den bevorstehenden Abstimmungen und den Nationalratswahlen und nehmen erste Kontakte mit Sektionen auf. Und: Wir leben im rechtsbürgerlichen Aargau, wo die SP viel investieren muss, um Erfolg zu haben. Hierzu zwei aktuelle kantonale Themen und unsere präsidialen Gedanken dazu.

Was für eine Fehlleistungsanalyse!

Die neoliberale Mehrheit in der Schweiz geht in ihrem Feldzug gegen den demokratischen Staat immer nach dem gleichen Muster vor. Am Anfang steht eine Steuersenkung für die Reichen. Diese brauche man unbedingt, damit neuen Firmen und besonders wohlhabende Personen zuziehen und die Steuerkasse füllen. Denn nur, wenn die oben genügend Privilegien erhielten, so das bürgerliche Credo, gehe es auch denen unten gut. Normalerweise geht die Sache dann gründlich in die Hose. Auf Steuersenkungen folgt nicht das versprochene Paradies, sondern meistens eine Sparübung. So verteilt man zweimal von unten nach oben um: Zuerst mit einem Abbau der Steuerprogression und dann mit einer Streichung staatlicher Leistungen für die breite Bevölkerung. Dreister haben sich nicht einmal die Fürsten im Feudalsystem bereichert.

Genau dieses Spielchen erleben wir auch im Kanton Aargau. Weil Finanzdirektor Roland Brogli (CVP) und die bürgerliche Mehrheit die Steuern in den vergangenen Jahren à la Kamikaze gesenkt haben, muss nun ein Sparpaket her. Und gespart werden soll ausgerechnet bei der Bildung, im Bereich der erneuerbaren Energien, beim Naturschutz oder bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien. Beschönigend nennt die Regierung das neuste Sparverbrechen «Leistungsanalyse» – Fehlleistungsanalyse wäre wohl treffender. Klar ist: Nicht mit uns! Die SP Aargau wird sich gegen das Sparpaket auf dem Buckel der Bevölkerung mit allen Mitteln wehren – am Ende wohl mit einem Referendum.

Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau.

Asylpolitik im Kanton Aargau – Wo steht die SP?

In der Schweiz, einem der sichersten Länder, herrscht eine Verunsicherung, die in keinem Verhältnis zur realen Bedrohung steht und die von den bürgerlichen Parteien seit Jahren mit den Themen Asyl und Migration bewirtschaftet wird: Phillip Müller verkündet, dass die FDP bei den Wahlen 2015 mit einer «intelligenten» Migrationspolitik die SP überholen will. In Aarburg und weiteren Gemeinden wehren sich Demonstrierende gegen Wohnungen für Asylsuchende.

Mittendrin sind wir, die SP Aargau. Wo und wie positionieren wir uns? Tabuisieren wir Linken das Thema? Wo stehen unsere Gemeinderät_innen? Die SP Aargau wird sich diesen Fragen stellen. Dabei fangen wir nicht bei Punkt Null an. Im Migrationspapier der SP Schweiz steht: «Flüchtlinge haben in der Schweiz ein Recht auf Asyl, das heisst ein Recht auf Schutz und Anwesenheit. Dieses Gebot der Menschlichkeit ist im Asylgesetz fest verankert.» Und an der Sozialtagung der SP Aargau vom Januar 2013 haben wir im Asylwesen Beschäftigung, Tagesstrukturen, Deutschkurse und mehr Personal in der Betreuung gefordert.

Wir freuen uns auf eine spannende Debatte mit Euch. Denn die weltweite Migration findet statt; ein Ende ist nicht absehbar.

Elisabeth Burgener Brogli von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.

EDITORIAL

«Wege entstehen dadurch, dass man sie geht.» Franz Kafka

Vor dreieinhalb Jahren habe ich den Job als politische Parteisekretärin in dieser Kantonalpartei angetreten – fast eine



Legislatur. Nächstes Jahr beginnt die zweite mit den nationalen Wahlen. Ein neues Präsidium ist im Amt. Es wird Ver-

änderungen geben – im Arbeitsstil, in den Strategien, den persönlichen Beziehungen, der Prioritätensetzung und den Inhalten – für die ganze Partei und auch für mich.

Die Überzeugung, dass es den sozialdemokratischen Weg braucht, teile ich mit dem bisherigen Präsidium, und sie steht natürlich auch beim neuen Präsidium im Zentrum. Wie dieser Weg für die SP Kanton Aargau aussieht, entwickeln wir zusammen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Elisabeth und Cédric, auch weil ich weiss, dass es viele richtige Wege gibt, und gespannt darauf bin, welche Wege sie einschlagen.

Zeiten der Veränderung erzeugen diffuse Ängste. Das lässt sich leicht an gegenwärtigen politischen Entscheidungen ablesen. Für Ängste wird eine Projektionsfläche gesucht und gefunden bis in unsere Partei hinein. Urtümliche Strategien, wie zur Bewältigung von schwierigen Situationen das Überleben der Stärksten zu sichern und die Schwächeren zurückzulassen, sind wieder gesellschaftsfähig.

Mein wichtigster Wunsch an das neue Präsidium ist nicht, dass sie uns überzeugen, dass sie die richtige Wahl waren, sondern dass sie unsere Mitglieder, unsere Wähler_innen und überhaupt die Aargauer_innen überzeugen, dass der sozialdemokratische Weg die richtige Wahl ist.

Brigitte Ramseier von Rheinfelden ist politische Sekretärin der SP Kanton Aargau.

INTERVIEW

Neu im Grossen Rat

links.ag: Monika Stadelmann, nach dem Rücktritt von Astrid Andermatt aus dem Grossen Rat bist Du neu Aarauer Gross-



rätin. Welche Kompetenzen und beruflichen und persönlichen Erfahrungen bringst Du mit?

Monika Stadelmann: Als Fachfrau Gesundheit FaGe setze ich mich im Berufsverband Vivica als Prüfungsexpertin und Lehrmeisterin laufend mit Gesundheitspolitik auseinander. Ich unterstütze die Anliegen von betagten Menschen, Familien und psychisch Kranken. Meine langjährige Arbeit in der Spitex zeigt mir, wie wichtig ein würdiges Leben im Alter ist, am besten in der gewohnten Umgebung mit Unterstützung durch Fachpersonen und Angehörige. Darum müssen familiäre Unterstützung mehr anerkannt und die Kosten gerechter verteilt werden.

Freust Du Dich auf das neue Amt? Welche politischen Themen möchtest Du bearbeiten? Wie willst Du im Grossen Rat Mehrheiten finden?

Ich kenne die Sorgen und Probleme im Gesundheitswesen wie auch in der Altersbetreuung und durch meine Arbeit in der Jugendkommission meiner Heimatgemeinde Bad Zurzach auch die Bedürfnisse der Jugend. Hier sehe ich meine politischen Schwerpunkte. Durch sachliche Diskussion und Information hoffe ich Mehrheiten im Grossen Rat zu finden.

Was machst Du in Deiner Freizeit?

Meine Patchworkfamilie ist mir sehr wichtig. Ich verbringe viel Zeit mit unseren Kindern und Enkelkindern. Nach Möglichkeit geniesse ich die Natur auf langen Wanderungen mit meinem Mann, sei das im schönen Aargau, an unseren idyllischen Gewässern oder im Val d'Anniviers in der fantastischen Bergwelt.

Monika Stadelmann von Bad Zurzach ist Präsidentin der SP Bezirk Zurzach. Seit dem 19. August 2014 ist sie Mitglied des Grossen Rates.

ABBAUDEBATTE IM GROSSEN RAT VOM 24. JUNI UND 1. JULI

Der Staat fördert die allgemeine Wohlfahrt?

Der Jurist und Gewerkschafter Kurt Emmenegger hielt für die SP das Eintretensreferat zur Abbaudebatte im Grossen Rat. links.ag bringt das Votum in Auszügen.

Seit Jahr und Tag werden die Haushaltdebatte, die Finanz- und Steuerpolitik, von Wirtschafts- und Steuerrankings, von Staats- und Steuerquote dominiert. So auch bei der nun vorliegenden «Leistungsanalyse». Hinter diesen modernen Götzen der bürgerlichen Mehrheit verschwinden alle die Menschen, die in diesem Kanton leben, arbeiten und auch Steuern zahlen, völlig aus dem Blickwinkel: Es scheint egal, wie deren Zukunft aussieht. Hauptsache, die Rankings, Benchmarks und Quoten stimmen, vor allem mit Blick aufs eigene Portemonnaie.

Vergessen bleiben dabei die übergeordneten Staatsziele in der Kantonsverfassung, auf die wir immerhin unser Gelöbnis als Ratsmitglieder abgelegt haben:

§ 25 Staatsziele

¹ Der Staat fördert die allgemeine Wohlfahrt und die soziale Sicherheit.

² In Beachtung der Verantwortung des Einzelnen trifft er im Rahmen seiner Gesetzgebungsbefugnisse und des Bundesrechts Vorkehrungen, damit jedermann:

- sich nach seinen Fähigkeiten und Neigungen bilden und weiterbilden kann,
- seinen Unterhalt durch angemessene Arbeit bestreiten kann und gegen den ungerechtfertigten Verlust des Arbeitsplatzes und die Folgen der Arbeitslosigkeit geschützt ist,
- eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden kann,
- die für seine Existenz unerlässlichen Mittel hat.

Von Regierung und bürgerlicher Ratsmehrheit wird nicht mehr gefragt, welche gesellschaftlichen Bedürfnisse sinnvoll vom Staat abgedeckt und wie sie finanziert werden sollen, sondern es werden schamlos Steuergeschenke verteilt und unbesehen Abbauvorschläge in die Welt gesetzt.

Schon darum lehnt die SP-Fraktion die vorliegende «Leistungsanalyse» einstimmig ab und beantragt Nichteintreten. Wir kommen aber auch aufgrund der konkreten Haushaltssituation zum gleichen Schluss: Der Kanton Aargau hat bereits heute schweizweit die tiefsten Staatsausgaben und die tiefste Personaldotation pro Person. Die Finanzen sind gesund, was sich auch in der Triple-A-Bewertung ausdrückt. Regierung und Grossratsmehrheit versuchen dennoch krampfhaft aufzuzeigen, dass der Kanton ein Aufwandproblem hat. Dumm nur, dass dies die Regierung mit ihren

eigenen Zahlen selber widerlegt: Das Ausgabenwachstum in den nächsten vier Jahren liegt mit 5,6% (ohne Abbaumassnahmen wären es 8,9%) deutlich unter dem prognostizierten BIP-Wachstum von rund 12%. Die Staatsquote war in den letzten zehn Jahren praktisch stabil



Demonstration gegen Sparschweineereien vor dem Gr

und sinkt bis 2017 sogar. Wir haben also kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem.

Die Steuerquote ist in den letzten zehn Jahren als Resultat der Steuergesetzrevisionen gesunken. Diese Revisionen wurden trotz neuen Aufgaben, trotz geringerer Ausschüttungen der Nationalbank nach der Finanzkrise 2008 und trotz unsicheren Erträgen aus den Energiebeteiligungen nach den Verwerfungen im Energiemarkt durchgezogen und als tragbar verkauft.

Die SP-Fraktion lehnt darum alle Abbau-massnahmen ab und entscheidet bei ein-nahmenseitigen Massnahmen fallweise. Dies umso mehr, als der Grosse Rat nur über 50 Millionen Franken Entlastungen befindet, während die Regierung bereits über 72 Millionen in eigener Kompetenz beschlossen hat.



Kurt Emmenegger von Baden ist SP-Grossrat und Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds AGB.

ABBAUPAKET «LEISTUNGSANALYSE» NACH 1. LESUNG

Abbau, der weh tut

Am 1. Juli stimmte die bürgerliche Mehrheit in 1. Lesung fast allen Abbaumassnahmen der Regierung zu. Die SP hatte das Nachsehen.

Einschulungsklasse und Werkjahr bleiben, das Berufswahljahr ist abgeschafft

In der Bildung konnte mindestens ein Teil der Abbaumassnahmen verhindert werden: Die Tilgung der Einschulungsklassen hatte der Regierungsrat zurückgezogen. Bei der Abschaffung des Werkjahrs hat ihn der Grosse Rat zurückgepfiffen. Die Streichung des Berufswahljahrs hingegen ist wohl definitiv. Das ist fatal,

der Trinkwasserpreis um 5 Rappen pro Kubikmeter steigen, was nach Ansicht der Regierung an die Konsumenten überwältigt werden kann. Bei Wasserbaumassnahmen zahlen die Gemeinden zukünftig einen Anteil von 60 Prozent (bisher 50 Prozent). Beschämend für den Wasserkanton Aargau ist die Kürzung für Gewässerrevitalisierungen um 400 000 Franken. Wegen dieser Reduktion können die mit dem Bund vereinbarten Ziele und Programme, so ein Lachs-Programm, nicht eingehalten werden, zudem werden mehr als 2 Millionen Franken aus den Gewässerzinsen zweckentfremdet. Dreist und wohl widerrechtlich ist das auf zehn Jahre befristete Abschieben der Finanzierung von Hochwasserschutzprojekten zur aargauischen Gebäudeversicherung. Das bringt 2,7 Millionen Franken – falls es vor Gericht standhält.

Wald spart mit

Auch das vor einem Jahr genehmigte Naturschutzprogramm Wald wird reduziert. Lapidarer Kommentar dazu in der Botschaft der Regierung: «Die ursprünglich gesetzten Ziele gelten im Rahmen der Waldreservatspolitik Schweiz und der künftigen Biodiversitätsstrategie Schweiz als Minimum. Diese Werte werden entsprechend unterschritten.» Und damit schneidet man sich nochmals ins eigene Fleisch: Auch 15 Prozent Bundesbeiträge gehen so verloren.

Auch das Personal unter Druck

Damit nicht genug: Ende November geht der Abbau in die nächste Runde. Etliche Prüfungsaufträge sollen weitere Einsparungen bringen: 2 Prozent weniger für das Verwaltungspersonal, eine Verschiebung des Lehrplans 21, eine Verschiebung oder gar Streichung von Frühfranzösisch und Frühenglisch. Wie in einer Bananenrepublik.

Marie-Louise Nussbaumer

Marty von Nussbaumen ist Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion. **Dieter Egli** von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.



KOMMENTAR

Keine Geschlechterselektion!

Ein Kind abtreiben, nur, weil es das unerwünschte Geschlecht hat? Unvorstellbar. Fakt ist aber: Die vorgeburtliche Geschlechterselektion ist



nicht nur in Indien und China, sondern auch in bestimmten Ländern Europas sowie in Teilen unserer Migrationsbevölkerung ein grosses Problem. Darauf stiess

Doris Stump, unsere ehemalige Aargauer Nationalrätin, im Rahmen eines Berichts für den Europarat.

In der Schweiz ist es aus guten Gründen gesetzlich verboten, mit vorgeburtlichen Untersuchungen aus reiner Neugierde heraus das Geschlecht herauszufinden.* Als ich von Gynäkologinnen und Gynäkologen erfuhr, wie viel Druck von Eltern in Einzelfällen ausgeübt wird, frühzeitig über das Geschlecht informiert zu werden, war ich jedoch alarmiert. Denn neue pränatale Tests, die der Abklärung einer Krankheit dienen, werden schon ab der neunten Schwangerschaftswoche durchgeführt und liefern – sozusagen als Nebenbefund – die Information betreffend Geschlecht gleich mit. Dies zu einem Zeitpunkt, zu dem auch ohne medizinische Gründe legal abgetrieben werden kann.

Damit weder die erwähnten Tests noch unsere bewährte Fristenregelung zur Geschlechterselektion missbraucht werden, fordere ich eine Präzisierung der Anforderungen an pränatale Untersuchungen. Eine Forderung, die offenbar auf breite Unterstützung zählen darf, immerhin haben 36 der 46 Ständeratsmitglieder die Motion mitunterzeichnet. Nun hoffe ich auf wohlwollende Aufnahme dieses Anliegens im Bundesrat und danach auf den Support im Nationalrat.

Wir wollen keine Geschlechterselektion – auch nicht durch die Hintertüre!

* Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG), Art. 11, lit. b

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist SP-Ständerätin



Sami Wehrsch

Grossratsgebäude in Aarau vom 6. Mai 2014.

denn der Lehrplan 21, mit dem mindestens ein Teil dieses Angebots aufgefangen würde, soll auf die lange Bank geschoben werden.

Energieprojekte verzögert

Gravierend ist der Leistungsabbau im Umwelt- und Energiebereich: Es gibt gut 1 Million Franken weniger für die Förderung alternativer Energieprojekte, und beim «Förderprogramm Energie» werden jährlich 420 000 Franken gekürzt. Das ist ein Schnitt ins eigene Fleisch: Pro Förderfranken werden im Mittel 5 bis 10 Franken an Investitionen ausgelöst. Bei einer Reduktion der Förderung um 1 Million werden die Investitionen um 5 bis 10 Millionen Franken gekürzt! Damit entfernt sich der Aargau noch weiter von der Energiestrategie 2050 des Bundes, die ein stärkeres Engagement der Kantone fordert.

Abgeschoben ist nicht gespart

Der Gemeinde-Rabatt für die Grundwassernutzung fällt weg und bringt dem Kanton 2,4 Millionen Franken. In den Gemeinden wird

KOMMENTAR

Grünes Mäntelchen

«Stopp der Überbevölkerung» heisst es im offiziellen Titel der fragwürdigen Ecopop-Initiative. Weiter ist die Rede davon, man wolle sich für die Sicherung «natürlicher Lebensgrundlagen» einsetzen, in der Schweiz und sonst wo in der Welt.



Zu diesem Zweck soll in der Schweiz eine rigide Zuwanderungsquote eingeführt werden, die mit Sicherheit nicht nur unsere Wirtschaft strangulieren, sondern auch für unsere zunehmend alternde Gesellschaft zum Bumerang würde.

Zudem sollen laut Initiativtext 10 Prozent der Entwicklungshilfe oder rund 150 Millionen Franken jährlich im Ausland zur «Förderung der freiwilligen Familienplanung», wie sich die Initianten ausdrücken, eingesetzt werden. Im Klartext: Wir machen die Grenzen dicht, und die da draussen in den Entwicklungsländern sollen sich bitte schön nicht allzu stark vermehren. Was für eine Denkweise!

Diese Initiative löst kein einziges Umweltproblem: Sie ist üble Stimmungsmache unter einem grünen Mäntelchen. Anstatt in der Schweiz den hohen Ressourcenverschleiss der hier lebenden 8 Millionen Menschen zu reduzieren, wollen die Initianten uns unter einer Käseglocke vom Rest der Welt abschotten. Ebenso quer ist deren Ansatz in der Dritten Welt: Statt dort die wahren Gründe der hohen Geburtenrate zu bekämpfen, nämlich die Armut und die tiefe Bildung, wollen die Initianten per schweizerische Bundesverfassung staatlich verordnet in der Welt mehr Verhütungsmittel verteilen. Diese Initiative ist eine Scheinlösungsinitiative. Sie muss abgelehnt werden.

Max Chopard-Acklin von Obersiggenthal ist SP-Nationalrat

FAKTEN ZU DEN STAATSFINANZEN

Der Triple-A-Kanton und das Sparen

Die hitzige Diskussion um das geplante Sparpaket für den Kanton Aargau treibt mitunter seltsame Blüten. Regierung und bürgerliche Parteien übertreffen sich gegenseitig im Herbeireden von Horrorvisionen bezüglich der zukünftigen Finanzlage des Kantons. Der unbeteiligte Beobachter könnte meinen, unser Staat stehe kurz vor dem finanziellen Kollaps.

Da wird behauptet, der Kanton habe ein exponentiell wachsendes Ausgabenproblem, das die Staatsquote in ungeahnte Höhen treibe. Die Verwaltung sei unverantwortlich aufgebläht und beschäftige sich selber. Der Kanton ziehe dem armen Bürger den letzten Franken aus dem Sack. Im Sinne der Opfersymmetrie müsse auch beim Notwendigen gespart werden, weil der Kanton sonst jeglichen Handlungsspielraum verliere. Diese heraufbeschworenen Szenarien kontrastieren stark mit den offiziellen Zahlen und Fakten:

■ In den letzten 10 Jahren konnten die Staatsschulden um über 2 Milliarden Franken gesenkt werden.

■ Der Kanton verfügt heute – wenn alle Vermögenswerte in Betracht gezogen werden – über ein beträchtliches Vermögen.

■ Die Ausgleichsreserve, die helfen soll, künftige Budgetdefizite zu vermeiden, beträgt immer noch 190 Millionen Franken.

■ Die befürchteten Budgetdefizite für die nächsten vier Jahre bestehen bis heute nur auf dem Papier. Dies war auch in den letzten zehn Jahren in den jeweiligen Planungsunterlagen stets der Fall.

■ In den letzten 15 Jahren wurden die Finanzen im Budget systematisch zu schlecht dargestellt. Die Höhe der Ausgaben, vor allem der Kredite, wurde über-, die Höhe der Steuereinnahmen unterschätzt. Die Differenz zwischen Budget und Rechnung betrug im Durchschnitt über 100 Millionen Franken im positiven Bereich.

■ Die Staatsquote ist in den letzten zehn Jahren mit leichten Schwankungen mehr oder weniger konstant geblieben. Sie liegt deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt.

■ Die Steuerquote ist in den letzten Jahren klar gesunken und wird mit den beschlossenen Steuergeschenken für Wohlhabende weiter sinken.

■ Der Kanton Aargau hat schweizweit die tiefsten Ein-

nahmen und Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung.

Diese unbestreitbaren Fakten vor Augen kann der rationale Beobachter und die rationale Beobachterin nur zum Schluss kommen, dass die finanziellen Probleme unseres Kantons bewusst hochstilisiert werden und so das Dogma vom verschwenderischen Staat gepflegt wird. Das durch wiederholte Steuersenkungen verursachte Einnahmenproblem soll zu einem Ausgabenproblem umgedeutet werden. Die gezielt entfachte Spar-Hysterie wird dafür genutzt, die Leistungen, die der Staat für die Bürgerinnen und Bürger erbringt, zu senken und die Arbeitsbedingungen der Staatsangestellten und der Lehrpersonen zu verschlechtern. Viele bürgerliche Politikerinnen und Politiker im Grossen Rat vertreten immer noch die antiquierte Maxime, dass jeder Franken, den man dem Staat gibt, ein Franken zu viel ist. Die daraus resultierenden Sparbeschlüsse werden den Kanton und dessen Einwohnerinnen und Einwohner noch teuer zu stehen kommen.



Manfred Dubach von Zofingen ist SP-Grossrat.

Inserat

Nationalrätin Yvonne Feri zu Gast in eurer Sektion!

Mit Freude diskutiere ich mit euch eure Anliegen und Fragen. Ich kann euch über die Arbeit in Bern berichten, über wichtige Abstimmungen informieren oder Inputs zur Gemeindepolitik geben. Eure Anliegen und Gedanken sollen meine politische Arbeit mitgestalten.

Einfach ein Mail mit Terminanfrage schreiben! Ich freue mich darauf vorbeizukommen, zuzuhören, mitzureden, mit euch zu sein.

Herzlichst, Yvonne Feri

yvonne.feri@parl.ch/ www.yvonneferi.ch



BUNDESANWALTSCHAFT REHABILITIERT MARCOS BUSER

Was darf die Öffentlichkeit über AKW und deren Müll wissen?

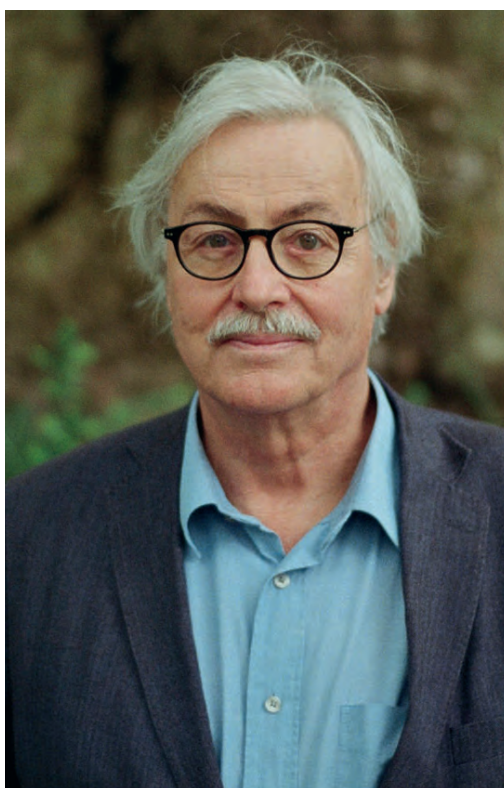
Der Zürcher Geologe und Experte für radioaktive Abfälle Marcos Buser hat von der Bundesanwaltschaft Recht bekommen. Sie hat die gegen ihn laufende Strafuntersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung eingestellt. Der Entscheid dürfte in Zukunft für die Beurteilung von Whistleblowing wegweisend sein.

Am 7. Oktober 2012 berichtete die «Sonntagszeitung» über ein ihr zugespieltes internes Nagra-Papier, das die Auswahl von zwei Standorten, Bözberg und Zürcher Weinland, für ein Atommüllendlager belegte. Das Auswahlverfahren mit sechs möglichen Standorten lief aber noch – angeblich. Der renommierte Geologe und Experte für radioaktiven Abfall Marcos Buser hatte das vertrauliche Papier der Sonntagszeitung zugespielt. Die Enthüllung warf viel Staub auf und vergrösserte das Misstrauen gegenüber Nagra¹ – und Ensi². Dies auch, da die Geologen Walter Wildi und Marcos Buser wenige Monate zuvor den «Beirat Endlager» des UVEK (Wildi) beziehungsweise die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (Buser) verlassen hatten, teilweise unter offenem Protest wegen mangelnder Unabhängigkeit und Professionalität von Nagra und Ensi.³

In dieser Sache eröffnete die Bundesanwaltschaft (BA) im Oktober 2012 ein Verfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung. In dessen Verlauf wurden im September 2013 Wildi und Buser als Zeugen einvernommen und Buser, der «(einräumte), die fragliche Aktennotiz ... der Sonntagszeitung zugespielt zu haben»⁴, stracks angeklagt. Der selbständige Unternehmer Marcos Buser erlitt in der Folge massive Auftrags- und Einkommenseinbussen.

Gute Nachricht für Whistleblower

Nun wurde nach langen und in der Einstellungsverfügung minutiös beschriebenen Abklärungen das Verfahren gegen Marcos Buser am 4. Juni 2014 eingestellt. Buser hatte das Nagra-Dokument eigentlich geheim halten wollen. Erst nach mehrfachen Versuchen, «immerhin über ca. 9 Monate», über den Amtsweg zum Ziel zu kommen, nämlich einer Abklärung über die Unabhängigkeit und Professionalität der mit Atommüll befassten Stellen, gab er es der Sonntagszeitung. Zu recht, wie die BA befand. Buser habe zwar den «Tatbestand durch Offenbarung eines Geheimnisses» erfüllt. Jedoch komme dabei «allfälligen Rechtfertigungsgründen ... erhebliche Bedeutung zu». Das heisst: Wenn diese «ein ... notwendiges und angemessenes Mittel ist, sie insoweit den



Johannes Rüesch

einzigen möglichen Weg darstellt und offenkundig weniger schwer wiegt als die Interessen, die der Täter zu wahren sucht». Die BA schreibt, Buser habe «betreffend das Sachplanverfahren, bei dem es um die Standortsuche von radioaktiven Abfällen gehe, stets aus ethischen Gründen für Klarheit sorgen wollen, da es die Nachfolgenerationen betreffe. ... Die Schweizer Bevölkerung habe Anspruch darauf zu wissen, wo die Nagra allfällige Standorte ortet und eventuell vorselektioniert. Jeder Experte komme dabei in eine moralische Verpflichtung.» Marcos Buser wurden keine Verfahrenskosten auferlegt, die Kosten für seinen Anwalt wurden vom Bund erstattet.

Der Entscheid ist ein Präzedenzfall für Whistleblowing-Verfahren. Aber nicht alle Whistleblower gehen immer straffrei aus. Der Fall Zopfi/Wyler in Zürich zum Beispiel, die der «Weltwoche» Kundendaten zur Belegung von Sozialhilfemissbrauch lieferten und letztinstanzlich verurteilt wurden, lag anders: Der

Amtsweg war umgangen worden. Hier braucht es nach Jean-Pierre Méan, Präsident von Transparency International, einen Ausbau des Kündigungsschutzes und eine Meldestelle – was der Bundesrat aber ablehnt.

Für Marcos Buser ist dieser Abschluss des Verfahrens «fast nur positiv». Beruflich und moralisch ist er rehabilitiert. Aber immer noch legten ihm Bundesstellen Steine in den Weg, so bei Projekten, die ihm international anvertraut worden seien, berichtet er. Buser will jetzt ein Buch über seine jüngsten Erfahrungen schreiben. Wir sind gespannt darauf.

Öffentlichkeitsprinzip für Nagra?

Der Skandal um das veröffentlichte Nagra-Papier hatte Folgen im Nationalrat. Am 28. November 2012 verlangte Max Chopard-Acklin mit 22 Mitunterzeichnenden aus SP, Grünen und SVP per Motion die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips für die Nagra. Der Bundesrat lehnte die Motion ab: Die Nagra sei eine privatrechtliche AG. In der Beratung der Motion am 17. Juni 2014 argumentierte Max Chopard, «dass das Sicherheitsbewusstsein steigt, wenn Institutionen wie in diesem Fall die Nagra gezwungen sind, transparent zu handeln». Auch stelle sich die Frage, warum im vorliegenden Fall die BA auf Amtsgeheimnisverletzung untersucht habe, wenn die Nagra nicht eine amtliche Stelle sei? Worauf Bundesrätin Doris Leuthard entgegnete, man müsse «da natürlich zwischen blossem «Gwunder» und öffentlichem Interesse unterscheiden». Zudem habe «der Berg eine Maus geboren – all diese Verfahren wurden eingestellt». Mit 120 gegen 70 Stimmen wurde die Motion abgelehnt. Max Chopard war trotz der arroganten Antwort der Bundesrätin höflich geblieben. Das Problem besteht weiter. Was hat der Bundesrat zu verbergen?

¹ Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle

² Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat

³ Siehe links.ag 142, Dezember 2013, S. 14: «Der Kritiker bezahlt teuer».

⁴ Bundesanwaltschaft, Einstellungsverfügung in der Strafuntersuchung SV.12.1525 vom 4. Juni 2014, S. 3

Katharina Kerr von Aarau
ist Redaktorin links.ag.



KOMMENTAR

Familienrecht revidieren!

Vor drei Jahren begann meine parlamentarische Arbeit als Nationalrätin. In der Zwischenzeit habe ich an vielen spannenden Diskussionen teilgenommen



und konnte an wichtigen Projekten der SP Schweiz mitwirken. Die Revision des Familienrechts ist hier nur ein Beispiel.

Am 23. Oktober 2011 wurde ich als Nationalrätin gewählt. Ich erinnere mich noch gut an diesen Moment und an die Wünsche und Hoffnungen, die ich an diese Wahl geknüpft hatte. Jetzt, drei Jahre und zahlreiche Diskussionen, Vorstösse und Kommissionssitzungen später, möchte ich euch von dieser Zeit erzählen. Am 22. Oktober 2014 werde ich im Salzhaus Brugg einen Blick zurück werfen – auf all die schönen (und schwierigen) Momente, die parlamentarische Arbeit an und für sich und auf ein politisches Projekt, das mir sehr am Herzen liegt: die Revision des Familienrechts. In den letzten Jahren und auch heute werden im Parlament verschiedene Vorstösse diskutiert, die eine Aktualisierung des Sorge- und Unterhaltsrechts sowie des Familienrechts im Allgemeinen zum Inhalt haben. Das aktuelle Familienrecht geht auf 1907 zurück und ist hoffnungslos veraltet. Die Schweiz ist heute geprägt von einer Vielfalt an Familienmodellen – rechtlich ist diese Vielfalt aber noch nicht erfasst. Ich möchte deshalb meinen Anlass in Brugg nicht nur dazu nutzen, Bundesbern und die parlamentarische Arbeit vorzustellen, sondern auch, um mit euch die unter anderem von Bundesrätin Simonetta Sommaruga angestossene Revision des Familienrechts zu diskutieren. Der Anlass beginnt um 19 Uhr im Salzhaus in Brugg – ich freue mich auf euch!

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Gemeinderätin, Nationalrätin und Präsidentin der SP Frauen Schweiz.

SP-ABEND ZUR NEUEN RAUMENTWICKLUNG IM AARGAU

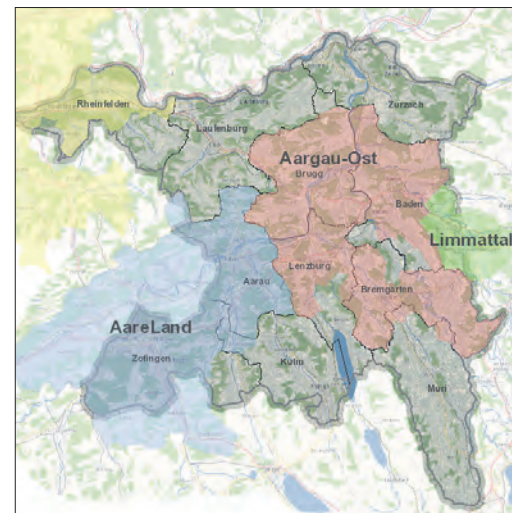
Wachstum oder zurück zur Natur?

An einer gut besuchten Fachveranstaltung der SP Aargau* wurde aus aktuellem Anlass das Thema Raumplanung aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und diskutiert.

«Vorwärts zum Wachstum oder zurück zur Natur» lautete der Titel der Veranstaltung. Mit der Annahme des neuen Raumplanungsgesetzes auf Bundesebene sind die Kantone und Gemeinden zum Handeln gezwungen. Nach einem Kurzfilm zur Geschichte der Raumplanung in der Schweiz beurteilten die Referenten Ruedi Lanz, Energiefachmann und Gemeinderat in Reinach, und Oliver Tschudin, Raumplaner und von 2005–2013 Baustadtrat in Rheinfelden, und die Referentin Gabi Lauper, Raumplanerin und für Hochbau und Raumplanung zuständige SP-Gemeinderätin in Niederlenz, aus ihrer Sicht die Raumplanung im Aargau.

Gemeinsam war die Einsicht, dass es nicht weitergehen könne wie bisher. Im Aargau wird alle 23 Sekunden ein Quadratmeter überbaut, und so sind die Baulandreserven zu 86 Prozent dahin. Lösungen tun also not. Wie diese genau aussehen sollten, wurde lebhaft diskutiert. Die eher aus ländlicher Sicht argumentierenden Gabi Lauper und Ruedi Lanz waren der Meinung, dass für das längerfristige Bestehen ihrer Gemeinden Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sein müssten. Oliver Tschudin ist dagegen der Meinung, dass die zukünftige Entwicklung in den bereits gut erschlossenen Gebieten erfolgen müsse. Die stark zunehmenden Verkehrsprobleme speziell auf der Strasse könnten so etwas gedämpft werden. Dabei spiele die Verdichtung eine wichtige Rolle.

In der lebhaften Diskussion waren wachstumskritische Voten nicht zu überhören: Die wenigen Baulandreserven, die im Kanton noch vorhanden sind, müssten sorgfältig genutzt werden. Ruedi Lanz schlug eine Baulandbörse vor, das heisst, dass ländliche Gemeinden ihr



Bauland an Zentrumsstädte verkaufen können. Ob dies rechtlich und praktisch möglich ist, bleibt offen. Sicher ist aber, dass ein Ausgleich zwischen Stadt und Land stattfinden muss. Solidarität und Ausgleich sind auch bei der Raumplanung unumgänglich.

* Am 27. Mai 2014 fand im Amtshimmel Baden eine Veranstaltung der SP Kanton Aargau zum Thema «Spannungsfeld Raumplanung im Aargau – Wachstum ohne Ende oder zurück zur Natur?» statt. Mit: Gabi Lauper, Niederlenz, Oliver Tschudin, Rheinfelden, Ruedi Lanz, Einführung und Moderation Jürg Cafilisch, Grossrat Baden.



Jürg Cafilisch von Baden ist SP-Grossrat und Präsident VCS Aargau.

FAKTEN ZUR RAUMPLANUNG

Mit dem Ja zum neuen Raumplanungsgesetz müssen die Kantone dem Bund ihre zukünftigen Siedlungsgebiete vorlegen. Die Gemeinden können ihre Bauzonen nicht mehr selber festlegen, sondern müssen diese im Rahmen von Planungsverbänden mit ihren Nachbarn aushandeln. Aktuell sind im Aargau 21 260 ha als Siedlungsgebiet überbaut. Bis 2040 soll das Siedlungsgebiet nur noch um 1 Prozent auf 21 550 ha wachsen. Dies soll mit verschiedenen Massnahmen, so mit Dichtevorgaben je nach Wohnzone, erreicht werden. Fragwürdig ist, dass der Kanton Aargau in der Planung von einem Bevölkerungszuwachs von 190 000 bis 2040 ausgeht (bisher 100 000). Mit diesem Szenario will sich der Kanton Aargau offenbar den Spielraum für zusätzliche Einzonungen schaffen und notwendige Rückzonungen umgehen.

NEUE SP-SEKTION MELLINGEN-WOHLenschWIL-MÄGENWIL

Neue SP-Sektion gegründet!

Eine Partei wie die SP, die in der ganzen Schweiz mitgestalten will, muss in der Fläche gut verankert sein. In den Städten und in den Dörfern. Das gilt auch im Kanton Aargau. Umso schöner, wenn eine zusätzliche Ortssektion entsteht.



Neuer Sektionsvorstand mit «Sektionsgötti». Von links: Matthias Künzler, Wohlenschwil, Fabian Zeder, Mellingen, Max Chopard, Obersiggenthal, Tizian Künzler, Wohlenschwil.

Die SP braucht zum Gewinnen nicht nur gute Themen und Köpfe, sie braucht dazu auch gute Basisstrukturen. Dabei spielen Ortssektionen eine wichtige Rolle. Sie können basisnahe Begegnungsmomente schaffen und die Kommunalpolitik aktiv mitgestalten. Ortssektionen sind die Einstiegsbasis für Nachwuchskräfte, und sie leisten mit lokalen Aktionen und Veranstaltungen wichtige Beiträge für Wahlkämpfe auf allen Ebenen. Zudem garantieren Ortssektionen, dass die SP initiativ- und referendumsfähig bleibt. Für erfolgreiche Wahlen braucht es also: Themen, Köpfe und Strukturen. Es braucht Menschen vor Ort, die der Partei ein Gesicht geben und für unsere sozialen und ökologischen Werte einstehen.

Eine Analyse im Bezirk Baden nach den letzten Grossratswahlen zeigte, dass fehlende Basisstrukturen zu tieferen Wähleranteilen führen. Es war offensichtlich, dass die SP dort, wo die Partei keine oder nur schwache Basisstrukturen hatte, schwächer abschnitt als in anderen Gebieten. Im Frühjahr 2013 stimmte die SP Bezirk Baden darum der Idee einer neuen Sektionsgründung im Raum Mellingen zu und verabschiedete mit Unterstützung der örtlichen Nachbarsektion SP Rohrdorferberg-Reusstal einen Startkredit für das dreijährige Aufbauprojekt einer neuen Ortssektion. Dass ich als «Götti» dieses Projekt begleiten darf, brachte mir nicht nur zusätzliche Arbeit, sondern auch viel Freude. Ich weiss noch genau, wie sich nach mehreren Telefonaten und Mails am 18. April 2013 eine erste Gruppe interessierter Personen traf. Sie bestand aus sieben «versprengten» SP- und JUSO-Mitgliedern aus

den drei Gemeinden Mellingen, Wohlenschwil und Mägenwil. Wir beschlossen, das Ziel einer Sektionsgründung gemeinsam weiter zu verfolgen. Als «Testlauf» gab es zuerst eine «Berner Suppe». Der Anlass war erfolgreich. Er stärkte die Motivation der Kerngruppenmitglieder und brachte zusätzliche Adressen interessierter Personen. Dann wurden eine Unterschriftensammelaktion gegen den Grippe-Kauf durchgeführt und am Bahnhof Mellingen Flyer für den Mindestlohn verteilt. Auch eine eigene Webseite wurde aufgezogen (www.sp-mwm.ch) und ein monatlicher Stammtreff eingeführt. Schliesslich konnte an der offiziellen Gründungsversammlung vom 16. Mai 2014 ein dreiköpfiger Vorstand gewählt werden. «Ich will den Mitmenschen Wege aufzeigen, wie man besser miteinander und füreinander lebt statt nebeneinander», beschreibt Fabian Zeder aus Mellingen seine Motivation, und Tizian Künzler aus Wohlenschwil sagt «Wir wollen nahe bei den Einwohnerinnen und Einwohnern sein und mit ihnen Lösungen finden».

Ich hoffe, dass die junge SP-Sektion Mellingen-Wohlenschwil-Mägenwil einem Baum gleich kräftige Wurzeln schlagen kann und auch stehen bleibt, wenn mal heftiger Gegenwind weht. So, wie es halt in der Politik manchmal auch ist.

Max Chopard-Acklin von SP Obersiggenthal ist SP-Nationalrat.



KOMMENTAR

Prämien-Explosion stoppen!

Heute verschleudern die privaten Kassen jährlich über 300 Millionen Franken unserer Prämien für Werbekampagnen und Wechselkosten. Dazu



kommen exorbitante Managerlöhne und die unsolidarische Jagd auf «gute Risiken». Heute hat keine Krankenkasse ein Interesse, kranke Menschen gut zu betreuen – das widerspricht ihrer Profitlogik.

Es ist nicht erstaunlich, dass die Manager der privaten Kassen ihre Privilegien mit allen Mitteln verteidigen. Sie schrecken nicht einmal davor zurück, unsere Prämiegelder für die Nein-Kampagne einzusetzen. Obwohl dies widerrechtlich ist, setzen sie dafür über 5 Millionen Franken ein.

Geldmässig werden wir natürlich nicht mit den Gegnern mithalten können, aber wir geniessen eine grosse Unterstützung von Menschen, die in den Gesundheitsberufen arbeiten. Und diese haben eine grosse Glaubwürdigkeit. Das wollen wir nun sichtbar machen, und dafür brauchen wir Dich! Wir möchten mit Euch zusammen möglichst viele lokale Komitees gründen. In den Lokalkomitees sollen vor allem Personen mitmachen, die in den Gesundheitsberufen arbeiten. Diese Unterstützung machen wir dann mit Infobriefen, Leserbriefaktionen und Mitteilungen an die Lokalzeitungen bekannt.

Analog der 1:12-Kampagne gibt es im Aargau wieder eine Campaignerin, die die KoordinatorInnen in den Sektionen unterstützen wird. Dafür konnten wir glücklicherweise Mia Kicki gewinnen. Mia wird nun in allen SP-Sektionen KoordinatorInnen suchen. Wer bereits heute weiss, dass er/sie mitmacht: einfach ein Mail schreiben an mia_kicki@hotmail.com. Wir freuen uns auf eine starke Kampagne mit Euch!

Andrea Arezina von Baden ist SP-Einwohnerin. Sie arbeitet bei der Kampagne für die Öffentliche Krankenkasse mit.

RÜCKTRITT VON ASTRID ANDERMATT AUS DEM GROSSEN RAT

Die muntere Naturschützerin hat gekündigt

Nach 14 Jahren ist Astrid Andermatt am 1. Juli 2014 aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Die engagierte Werklehrerin und Umweltschützerin hat sich vor allem für Kultur und gegen Atomkraftwerke und deren Müll eingesetzt. Sie hinterlässt eine grosse Lücke.

Viele kamen zum Abschiedsapéro von Astrid Andermatt. Es gab etliche Reden im Grossratscafé, alle lobend, auch die launige von SP-Regierungsrat Urs Hofmann, das von Gabi Landolt (gnussundstil) angerichtete Buffet schmeckte köstlich, Söhne und Tochter der Scheidenden und die jüngeren Grossrät_innen servierten – die Abschiedsfeier von Astrid Andermatt wirkte so harmonisch wie ihr ganzes Wirken im Kantonsparlament. Sie entschuldigte sich in ihrer Rede zwar auf alle Seiten für eventuelle Brüskierungen,

die ihr unterlaufen sein könnten. Aber davon war in Astrid Andermatts Karriere wenig oder nichts zu finden. Sie nannte die Umstände, die sie unbedingt ändern wollte, zwar beim Namen, aber so unpolemisch und gut dokumentiert, dass niemand böse sein konnte.

Nun ist sie nach der Hälfte der Legislatur zurückgetreten. Ihre Tochter Anna sass im Halb-



Fukushima-Demo in Beznau 22. Mai 2011.

rundsaal neben ihr, damit sei die Kontinuität gesichert, meinte Astrid, und ihre Themen werden im Grossen Rat von anderen weitergeführt. Sie selber, erst 58jährig, geht noch lange nicht in Pension.

Sie hat ein Engagement in der Umweltarena Spreitenbach angenommen.

Astrid Andermatt trat am 22. August 2000 in den Grossen Rat ein und war Mitglied in den Kommissionen Umwelt und Gewässer (später Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung), dann stellvertretendes Mitglied in der Kommission Gesundheit und Sozialwesen und in der Geschäftsprüfungskommission. Sie ist Präsidentin «LoTi – Nördlich Lägern ohne Tiefenlager», amtierte im Vorstand VAA – Vereinigung Aargauischer Angestelltenverbände und ist mit ihrem Gatten Dieter bis heute aktiv im Vorstand Kulturkreis Surbtal.

Die SP Aargau dankt Astrid Andermatt herzlich für ihre Arbeit, ihre Ideen und ihre Freundschaft und wünscht der freundlichen Kämpferin alles Gute für ihre Zukunft.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

AGENDA

26. August 2014, 20 Uhr
Parteirat
Restaurant Rathausgarten, Aarau

11. September 2014, 18 – 20 Uhr
Braucht die Schweiz eine Einheitskasse?
Öffentliches Podium mit Dr. med. Anna Andermatt, SP-Grossrätin, Max Chopard-Acklin, SP-Nationalrat, Ruth Humbel, CVP-Nationalrätin, Beat Schläfli, Direktor aarReha, Schinznach.
Tägi Wettingen

16. September 2014, 20 Uhr
Ausserordentlicher Parteitag
Restaurant Rathausgarten, Aarau

2. & 23. September 2014, 18 Uhr
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau
Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

2. Oktober 2014, 19.30 – 21 Uhr
Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin
Restaurant Huwyler, Merenschwand

22. Oktober 2014, 19 Uhr
Yvonne Feri: Rückblick auf drei Jahre und neues Familienrecht
Salzhaus, Brugg

Gesamterneuerungswahl Geschäftsleitung (16. September 2014)

AUSSCHREIBUNG FÜR MITGLIEDER DER GESCHÄFTSLEITUNG (GL)

Ersatzwahlen für zwei Sitze in der Geschäftsleitung am ausserordentlichen Parteitag vom 16. September 2014

Die GL besteht aus sieben Mitgliedern: Dem Präsidium, dem Fraktionspräsidium und fünf vom Parteitag gewählten Mitgliedern. Die Wahl erfolgt für zwei Jahre. Die Aufgaben der GL sind in den Statuten vom 8. Mai 2010 (www.sp-aargau.ch/partei) festgelegt. Die GL tagt während ca. 20 Sitzungen pro Jahr, Engagement und Präsenz sind gefordert. Eine Entschädigung gemäss Reglement wird erteilt.

Anforderungen: Lust, Zeit und sozialdemokratische Überzeugung/Gute Kenntnisse der kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Politik/Teamfähigkeit/Souveränität/In der SP verankert und gute Kenntnisse der SP/Bereitschaft, sich länger zu verpflichten (mindestens 2 Jahre).

Bewerbungen mit Motivationsschreiben und Lebenslauf müssen bis 1. September 2014, 10 Uhr, im Parteisekretariat eintreffen. Sie werden den Parteitagsdelegierten im ordentlichen Nachversand unverändert zugestellt:

SP Kanton Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau oder sekretariat@sp-aargau.ch

PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNG VOM 18.9.2014

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN:

- Volksinitiative vom 21. September 2011 «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»: **Nein**
- Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse»: **Ja**

KANTONALE VORLAGEN:

- Aargauische Volksinitiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung» vom 17. April 2012: **Ja**

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
[sekretariat\(at\)sp-aargau.ch](mailto:sekretariat(at)sp-aargau.ch)
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
[katkerr\(at\)katkerr.ch](mailto:katkerr(at)katkerr.ch)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
1. Juli/4. August 2014
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
25. August 2014
Erscheinen nächste Ausgabe
18. September 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Andrea Arezina, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener, Jürg Caflisch, Max Chopard-Acklin, Manfred Dubach, Dieter Egli, Kurt Emmenegger, Yvonne Feri, Katharina Kerr, Marie-Louise Nussbaumer Marty, Brigitte Ramseier, Johannes Rüesch (Foto S. 13), Monika Stadelmann, Sämi Wanitsch (Foto S. 11/12), Cédric Wermuth, Fabian Zeder (Foto S. 15), David Zehnder (Fotos S. 9 und 16).